

USA drohen dem Internationalen Strafgerichtshof und untergraben internationale Rechtsnormen – Triestino Mariniello Teil 2/2

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Talia Baroncelli (TB): Sie sind bei *theAnalysis.news*, ich bin Talia Baroncelli. Dies ist Teil zwei meines Gesprächs mit dem internationalen Anwalt Triestino Mariniello. Wenn Ihnen dieses Video gefällt und Sie uns unterstützen möchten, können Sie auf unserer Website *theAnalysis.news* oben rechts auf dem Bildschirm auf die Schaltfläche „Spenden“ klicken. Vergewissern Sie sich, dass Sie auf unserer Mailingliste stehen, damit wir Ihnen alle Beiträge direkt in Ihren Posteingang senden können. Sie können die Sendung auf YouTube, Apple oder Spotify abonnieren und mit „Gefällt mir“ markieren. Bis gleich mit Triestino Mariniello.

Ich freue mich sehr, dass Triestino Mariniello heute bei uns ist. Er ist Professor für Rechtswissenschaften an der Liverpool John Moores University und einer der Rechtsvertreter der Opfer von Gaza vor dem IStGH. Es ist wirklich toll, dass Sie heute bei uns sind, Triestino. Vielen Dank.

Triestino Mariniello (TM): Vielen Dank für die Einladung, Talia.

TB: Die USA behaupten immer wieder, dass sie das Römische Statut nicht unterzeichnet haben und daher nicht Vertragspartei des IStGH sind. Würden Sie sagen, dass das Römische Statut bestimmte Gewohnheitsnormen enthält, die auch von Staaten, die das Statut nicht unterzeichnet haben, respektiert und befolgt werden müssen?

TM: Es gibt keine Gewohnheitsnormen. Wir können uns auf die Genfer Konvention und die Rechenschaftspflicht berufen. Aber fangen wir mit der Gerichtsbarkeit selbst an. Dies ist wiederum ein weiteres unbegründetes Rechtsargument. Der Internationale Strafgerichtshof ist rechtskräftig; das ist die wichtigste Säule des IStGH. Das Gericht ist zuständig, wenn Verbrechen, die in die Zuständigkeit des Gerichts fallen, von Staatsangehörigen eines Vertragsstaats oder auf dem Hoheitsgebiet von Vertragsstaaten begangen werden, es sei denn, der Sicherheitsrat greift ein, aber das ist nicht der Fall.

Der IStGH ist für die Situation in Palästina zuständig, weil diese Verbrechen auf dem Territorium eines Vertragsstaats begangen werden, Punkt. Deshalb ist er zuständig, weil Palästina das Römische Statut ratifiziert hat. Daran besteht kein Zweifel. Was die USA in dieser speziellen Situation argumentieren, ist eine klare Politik der Doppelmoral.

Nehmen wir an, wir verwenden dieselben Argumente in Bezug auf die Situation in der Ukraine. Die Situation in der Ukraine wird von den US-Behörden stark unterstützt. Es gibt ein Gesetz, das die Zusammenarbeit mit dem Gericht in Bezug auf die Beweise festlegt, was beispiellos ist. Die USA arbeiten wie üblich mit dem Gericht in Bezug auf die anderen Ermittlungen zusammen, die sich natürlich nicht auf ihre Verbündeten beziehen. Wenn das, was die USA sagen, wahr ist, bedeutet dies, dass das Gericht nicht für Putin zuständig ist. Ganz einfach ausgedrückt.

TB: Ja, weil Russland kein Vertragspartner ist.

TM: Russland ist keine Vertragspartei. Auch in diesem Fall ist das Gericht zuständig, da diese Verbrechen auf dem Territorium eines Landes begangen wurden, das die Zuständigkeit des IStGH akzeptiert hat und im Januar 2025 ebenfalls ein Vertragsstaat werden wird. Haben sie jemals [die Zuständigkeit des IStGH in der Ukraine gegen Russland](#) angefochten? Davon habe ich noch nie etwas gehört. Das ist unbegründet, aber ein weiteres klares Zeichen für diese Politik der Doppelmoral. Ich bin mir nicht sicher, ob sie sich der Gefahr dieser Politik bewusst sind, denn diese Politik der Doppelmoral ist vor dem Hintergrund Palästinas äußerst gefährlich, weil sie die Glaubwürdigkeit und Legitimität der gesamten internationalen Rechtsordnung untergräbt, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffen wurde, um die in allen Teilen der Welt begangenen Gräueltaten zu verhindern. Heute ist es Palästina, aber morgen wird es woanders sein. Das ist ein unbegründetes Rechtsargument.

Ich möchte noch hinzufügen, dass ich beispielsweise auch gehört habe, wie ein italienischer Außenminister behauptete, dass Netanjahu von den genannten Parteien nicht verhaftet werden könne, weil er immer noch Premierminister sei. Auch das ist eine Diskussion, die genau auf Putin zutrifft. Die Frage ist, warum nicht Putin? Putin ist immer noch Präsident. Wenn Sie die Immunität für Netanjahu anerkennen – Immunität ist ein sehr wichtiges Thema im Völkerrecht. Ich unterschätze dieses Thema nicht. Wir sollten darüber diskutieren. Aber wenn Sie Netanjahu Immunität gewähren, sollten Sie dasselbe auch für Putin tun. Auch hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Italien, die USA und 43 Vertragsstaaten des IStGH, ich verweise auf die Situation in der Ukraine vor dem Internationalen Strafgerichtshof, die meisten von ihnen, d. h. Deutschland, Italien, [Ungarn](#), in gewissem Umfang auch das Vereinigte Königreich, haben sich formell gegen die Ermittlungen in Palästina ausgesprochen. Das Risiko besteht darin, dass sie untergraben; sie sind bereit, Zweifel zu wecken und die Existenz des Internationalen Strafgerichtshofs zu untergraben, obwohl sie die stärksten Befürworter des Gerichtshofs sind.

TB: Im Gegensatz zu allem, was Sie gerade gesagt haben, behaupten die USA fälschlicherweise, dass diese beiden Situationen, die Situation in Palästina und die Situation in der Ukraine, nicht vergleichbar sind, weil Palästina kein Staat ist. Die Ukraine konnte ihre

Souveränität im Falle einer Invasion durch Russland an Polen oder ein anderes Land delegieren. In diesem speziellen Fall können sie sich an den IStGH wenden, und der IStGH ist zuständig. Im Falle Palästinas ist Palästina angeblich kein Staat, und daher ist das Gericht auch nicht für Palästina zuständig. Was sagen Sie dazu?

TM: Ob Palästina ein Staat ist oder nicht, gehört nicht zu den Zuständigkeitsbereichen. Es ist in erster Linie eine rechtliche und erst dann eine politische Frage. Rechtliche Frage bedeutet, dass es nicht in die Zuständigkeit der Biden-Regierung oder der derzeitigen deutschen Regierung fällt, solange es existiert. Ich bin mir nicht sicher, ob es seine Funktion, seine Rolle nicht mehr ausübt, oder ob es für andere Staaten auf der Welt gilt. Hier geht es nicht darum, ob Palästina im Allgemeinen ein Staat nach internationalem Recht ist. Um ehrlich zu sein, denke ich, dass es nach Gewohnheitsrecht keinen Zweifel daran gibt, denn die Mehrheit der Staaten, die in der Generalversammlung der VAE-Nationen sitzen, hat erklärt, dass [Palästina ein Staat](#) ist. Nach dem Völkergewohnheitsrecht bedeutet dies, dass es eine einheitliche Praxis und eine Meinung gibt, die die beiden Elemente des Gewohnheitsrechts sind. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass Palästina nach dem allgemeinen Völkerrecht ein Staat ist. Das ist hier nicht der Punkt.

Der Punkt ist, ob Palästina nach der Regelung des Internationalen Strafgerichtshofs ein Staat ist und das hat die [Vorverfahrenskammer in ihrer Entscheidung vom Februar 2021](#) zutreffend festgestellt. Punkt. Das Gericht hat bereits eindeutig Stellung bezogen. Keine politischen Äußerungen werden diese Frage neu aufwerfen. Ich weiß nicht, ob das klar ist. Die Zuständigkeit des Gerichts weiterhin auf der Grundlage rein politischer Argumente zu leugnen, ist äußerst gefährlich, weil dadurch die Rolle des Gerichts und die Entscheidung, die das Gericht getroffen hat, untergraben werden.

Als Palästina das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ratifizierte, hatten alle damaligen Vertragsstaaten die Möglichkeit, dies anzufechten und in der Versammlung der Vertragsstaaten zur Sprache zu bringen, um sich dieser Entscheidung zu widersetzen. Wissen Sie, wie viele Staaten dies getan haben? Nur einer. Kanada. Alle anderen, die jetzt behaupten, Palästina sei kein Staat, haben dieses Thema nicht angesprochen. Sie haben die Ratifizierung des Staates unterstützt. Es geht nicht nur um diese Angelegenheit. Ich spreche nicht von den USA, die keine Vertragspartei sind. Ich spreche von europäischen Ländern, Deutschland, Italien, zum Beispiel, Ungarn und der Tschechischen Republik. Es geht nicht nur darum, die Entscheidungen des Gerichts zu respektieren. Es geht um politische Schizophrenie. Erst unterstützt man eine Entscheidung und dann widersetzt man sich ihr, sobald man sieht, dass diese Entscheidung konkrete Auswirkungen haben könnte.

TB: Was halten Sie von der Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten weiterhin internationale Rechtsnormen untergraben? Sie sagen immer wieder, dass sie die so genannte regelbasierte internationale Ordnung unterstützen, aber in gewisser Weise scheint sich diese so genannte regelbasierte Ordnung von dem nach dem Zweiten Weltkrieg unterzeichneten Völkerrechtskorpus zu unterscheiden - der UN-Charta und den Verträgen, die zu dieser Zeit unterzeichnet und in Kraft gesetzt wurden. Könnten Sie etwas zu diesem Spannungsfeld

sagen? Verfolgen die USA dieses Argument, weil sie wissen, dass auch sie an diesen Verbrechen mitschuldig sind?

TM: Ja. Bevor ich darauf eingehe, würde ich gerne noch etwas anmerken. Die US-Regierung kann Kritik am Gericht äußern. Diese Kritik kann als legitim angesehen werden. Aber es gibt natürlich eine rote Linie. Diese rote Linie sind die Drohungen gegen das Gericht, die bereits ausgesprochen wurden. Zwölf US-Senatoren haben Khan einen Brief geschickt, in dem sie ihm ausdrücklich drohen. Sollte er intervenieren, werden sie ihrerseits gegen ihn vorgehen. Sie schreiten also ein.

TB: Ja, sie haben es gezielt auf den Staatsanwalt in diesem Fall abgesehen.

TM: Sie zielen ganz konkret auf den Staatsanwalt ab, bevor Haftbefehle ausgestellt werden. Die Liste der Aussagen ist wirklich lang. Wir bewegen uns von Druck zu Drohungen. Druck ist aus rechtlicher Sicht immer noch inakzeptabel, aber Drohungen sind in diesem Fall nicht nur inakzeptabel, sondern auch ein Verbrechen nach dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs gemäß Artikel 7. Versuche, Beamte des Gerichts einzuschüchtern, sind ein Verbrechen. Das ist also eine Phase, in der es keine Diskussion geben sollte. Das ist keine Frage der Auslegung. Darüber sollte es keine Diskussion geben. Das ist die rote Linie, die kein Staatsbeamter auf der Welt überschreiten sollte. Man kann nicht argumentieren, dass man keine Vertragspartei ist; die Tatsache, dass man keine Vertragspartei ist, hat einige rechtliche Auswirkungen, was bedeutet, dass man nicht verpflichtet ist, mit dem Gericht zusammenzuarbeiten, aber das gibt einem nicht die Berechtigung, die Justiz zu behindern, was nach dem Statut ein Verbrechen ist.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen, die etwas allgemeiner ist, möchte ich sagen, dass wir seit Beginn dieses Völkermords in Gaza gesehen haben, dass die Instrumente des Völkerrechts, bei denen die US-Behörden nicht die Macht haben, ihre Kontrolle auszuüben, funktioniert haben. Nur die Instrumente, die immun gegen die Macht der US-Behörden sind, wie z. B. der Internationale Gerichtshof und die Herausgabe von drei verbindlichen Entscheidungen über das Risiko eines Völkermords im Gazastreifen, der Internationale Strafgerichtshof, die Generalversammlung der Vereinten Nationen, die unabhängigen Untersuchungskommissionen der UNO, die argumentieren, dass Israel internationale Verbrechen begangen hat, der Sonderausschuss des Menschenrechtsrats, der zu dem Schluss kommt, dass das Verhalten Israels im Gazastreifen der Definition von Völkermord entspricht; die Liste hier ist lang. Wir können mehrere [UN-Organisationen](#) usw. durchgehen. Die Instrumente des Völkerrechts, die bisher nicht funktioniert haben, sind diejenigen, bei denen die USA ihre Kontrolle ausüben können. Wir beziehen uns natürlich in erster Linie auf den Sicherheitsrat. Der Sicherheitsrat und das Vetorecht wurden eingesetzt, fast immer gab es einen Antrag auf einen Waffenstillstand im Gazastreifen. Dies ist natürlich ein sehr gefährlicher Versuch, das gesamte Völkerrechtssystem und seine Glaubwürdigkeit darin zu untergraben. Die Glaubwürdigkeit des Völkerrechts war noch nie so gering wie in diesem Jahr.

Aber um es klar zu sagen, möchte ich betonen, dass das Problem hier nicht das Völkerrecht selbst ist. Wie wir in diesem Jahr gesehen haben, gibt es Instrumente. Das Problem ist der mangelnde politische Wille der Staaten, sie umzusetzen, oder um es richtig auszudrücken, sie nur dann umzusetzen, wenn diese Instrumente gegen ihre Feinde eingesetzt werden. Natürlich kommen wir wieder auf das Konzept der Doppelmoral zurück.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Wenn das Völkerrecht noch ein wenig Glaubwürdigkeit besitzt, dann ist dies dem globalen Süden zu verdanken, nicht den westlichen Staaten. Es ist Südafrika zu verdanken, dass dieser Genozidfall vor den Internationalen Gerichtshof gebracht wurde. Es ist [Nicaragua](#) zu verdanken, dass Deutschland wegen Mittäterschaft beim Völkermord vor den Internationalen Gerichtshof gebracht wurde. Das war selbst für uns, die wir in diesem Bereich arbeiten, unvorstellbar.

Wissen Sie, nur wenige Monate zuvor, vor nicht allzu langer Zeit, intervenierte Deutschland in einem anderen Fall vor dem Internationalen Gerichtshof und unterstützte eine umfassende Auslegung des Völkermords vor dem IGH. Noch vor wenigen Monaten hätte Deutschland nie erwartet, dass es nach einigen Monaten vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden würde. Wenn diese Instrumente in einem solchen Ausmaß funktionieren, dann ist dies auf das Eingreifen des Globalen Südens zurückzuführen. Wenn also das Völkerrecht, so würde ich sagen, noch existiert und auch in Zukunft existieren wird, sollten wir auch diesen Staaten aus dem Globalen Süden unseren Dank aussprechen.

TB: Das ist ein guter Punkt. Meine allerletzte Frage richtet sich an die Familien, die Sie vertreten, denn Sie vertreten die Familien der Opfer von Gaza. Wie schätzen Sie derzeit die Chancen ein, dass Sie oder das Gericht den Menschen, die Opfer des israelischen Völkermords und dieser Kriegsverbrechen geworden sind, zu ihrem Recht verhelfen können?

TM: Zunächst einmal haben die Opfer durch ihre Rechtsvertreter jetzt, da der Fall eröffnet wurde, die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Bisher haben wir dies schriftlich getan, aber jetzt auch durch Anhörungen, um die Ansichten und Bedenken der Opfer vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu äußern. Wir bringen die Stimmen der Opfer vor den Internationalen Strafgerichtshof. Wir bringen die Beweise in ihrem Namen vor; wir haben die Möglichkeit, in der Anhörung Eröffnungs- und Schlussplädoyers zu halten, Zeugen zu befragen und die Liste anzuhören. Die Opfer haben eine sehr wichtige Rolle, dank der Intervention Frankreichs während der Ausarbeitung des Römischen Statuts im Jahr 1998.

Diese Entscheidung über die Haftbefehle, noch vor Beginn der Anhörung, hatte bereits einige äußerst wichtige Auswirkungen auf die palästinensischen Opfer. Ich glaube fest daran, dass mit dieser Entscheidung die Rolle und Existenz der palästinensischen Opfer endlich anerkannt wurde. Wir sprechen von einem Kontext, in dem Palästinenser in erster Linie Opfer eines Entmenschlichungsprozesses sind. Sie werden nicht als Menschen angesehen, und das wird durch die Ereignisse in Gaza, aber auch durch die Aussagen politischer Führer deutlich. Sie sind die sogenannten „menschlichen Tiere“, wie Gallant sagte, als er die totale Belagerung von Gaza verkündete. Zunächst einmal erkannte das Gericht mit seiner Entscheidung ihre Existenz und ihre Menschlichkeit an, was wir manchmal für

selbstverständlich halten, aber das ist es nicht, es kann nicht als selbstverständlich angesehen werden in einem Kontext institutionalisierter Diskriminierung, wie sie Palästinenser erleiden.

Was wir jetzt erwarten, ist zunächst einmal, dass die Vertragsstaaten ihren rechtlichen Verpflichtungen nachkommen. Sie müssen also die Haftbefehle umsetzen. Nächste Woche findet in Den Haag die Versammlung der Vertragsstaaten statt, und sie werden die Staaten auch dazu auffordern, sich an diese rechtlichen Bestimmungen zu halten. Andernfalls wird es für das Gericht selbst, für die Existenz des Gerichts selbst, äußerst gefährlich werden.

Zweitens erwarten wir, dass die Verfahren nun zügig vorangehen, denn für die Opfer bedeutet eine verzögerte Rechtsprechung eine verweigerte Rechtsprechung. Und sie haben bereits zu lange auf Gerechtigkeit gewartet.

Und schließlich, wenn ich zusammenfassen darf, erwarten wir auch, dass die Staatsanwaltschaft den Umfang ihrer Ermittlungen auf der Grundlage dessen, was ich zuvor gesagt habe, ausweiten wird. Es gibt eine lange Liste umfassend dokumentierter internationaler Verbrechen, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord im Gazastreifen, aber auch im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, die unverzüglich vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht werden sollten.

Wenn ich sage, dass der Umfang der Untersuchung erweitert werden sollte, dann meine ich damit in erster Linie, dass auch andere Verbrechen untersucht werden sollten. Wie ich bereits sagte, sind andere Verbrechen noch nicht in die Untersuchung einbezogen worden, aber es sollten auch Haftbefehle gegen andere israelische Politiker und Militärs beantragt werden. Es ist überraschend, dass gegen einige Regierungsmitglieder in diesem Fall keine Haftbefehle vorliegen, obwohl sie auch im Westjordanland Verbrechen begangen haben.

In Bezug auf die politischen Entscheidungsträger sagt die Kammer nun, dass sie über genügend Beweise und hinreichende Gründe verfügt, um davon auszugehen, dass es sich um vorsätzliche und militärische Angriffe auf Zivilisten handelt. Welche Rolle spielt also die Armee bei diesen Ermittlungen? Die Tatsache, dass kein Militärführer mit einem Haftbefehl nach Den Haag gebracht wurde, ist auch ein wenig gefährlich, weil er indirekt die sehr gefährliche Darstellung legitimieren könnte, dass es sich um eine moralische Armee handelt, die nur den Befehlen zweier politischer Führer Folge leistet, was überhaupt nicht der Fall ist. Um die Realität und die vorhandenen Beweise widerzuspiegeln, wird dies ein weiterer unmittelbarer Schritt sein, um den Umfang einer Untersuchung in Bezug auf Verbrechen und Einzelpersonen zu erweitern.

Gleichzeitig würde ich auch erwarten, dass innerstaatliche Fälle eingeleitet werden, denn jetzt, da der IStGH erklärt hat, dass es hinreichende Gründe für die Verurteilung wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt, gibt es eine lange Liste israelischer Staatsbürger mit doppelter Staatsangehörigkeit, die angeblich internationale Verbrechen in Gaza begehen. Sie sollten vor die nationale Justiz gestellt werden. Ich würde also erwarten, dass in vielen Ländern, insbesondere in europäischen Ländern, Deutschland eines davon ist; vielleicht wird das nie passieren, aber Deutschland hat nach der

Strafprozessordnung eine universelle Gerichtsbarkeit. Sie kann nur gegen Staatsangehörige einiger Staaten angewendet werden. Alle Fälle von Verbrechen gegen Palästinenser wurden eingestellt. Die Bundesanwaltschaft, die nach Artikel 153F der Strafprozessordnung zuständig ist, hat nie eine Untersuchung eingeleitet. Man sollte also erwarten, dass die innerstaatlichen Gerichtsbarkeiten sich auch jetzt noch mit dem Gericht befassen würden, denn wenn diese Verbrechen begangen werden, bedeutet dies, dass auch andere Menschen diese Verbrechen begehen. Und das ist der Fall, und damit komme ich zum Schluss: Es gibt ein Dokument von *Al Jazeera*, das die Begehung von Kriegsverbrechen durch israelische Soldaten im Gazastreifen zeigt und das dann öffentlich in den sozialen Medien verbreitet wird.

An dieser Stelle sollte die nationale Gerichtsbarkeit eingreifen und eigene Strafverfahren einleiten, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, was in diesem spezifischen Kontext, der meiner Meinung nach der Grund für die Begehung dieser Verbrechen ist, das Wichtigste ist. Das sieht man an der Reaktion der israelischen Führung, denn sie hat sich immer der Straflosigkeit erfreut. Sie sind wirklich überrascht, dass es jetzt einen konkreten Schritt internationaler Organisationen gibt, um dem ein Ende zu setzen.

TB: Triestino Mariniello, es war toll, mit Ihnen zu sprechen. Ich habe noch so viele Fragen, aber ich denke, wir können das ein anderes Mal besprechen, vielleicht wenn es weitere Entwicklungen in Bezug auf diesen speziellen Fall gibt und wenn Netanjahu oder der ehemalige Verteidigungsminister Yoav Gallant jemals verhaftet werden.

TM: Es wird früher oder später passieren. Die internationale Justiz wurde ja bereits in Gang gesetzt. Es ist also unwahrscheinlich, dass dies in naher Zukunft geschieht, aber die Dinge ändern sich. Vor allem auf politischer Ebene. Ja, ich glaube, dass es Gerechtigkeit geben wird und dass auch die anderen Worte früher oder später umgesetzt werden.

TB: Vielen Dank, Professor Mariniello. Sie sind der Vertreter der Opfer von Gaza beim IStGH. Es war wirklich eine großartige Gelegenheit, mit Ihnen zu sprechen. Nochmals vielen Dank.

TM: Vielen Dank. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag.

TB: Vielen Dank, dass Sie *theAnalysis.news* gesehen haben. Wenn Ihnen dieser Inhalt gefallen hat, können Sie uns gerne unterstützen, indem Sie auf *theAnalysis.news* gehen. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Click here
---	--	--	---

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org